

**Bezirksverordnetenversammlung Neukölln von Berlin  
XIX. Wahlperiode**



**Protokoll**

**14. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses**

**Sitzungstermin:** Donnerstag, 17.01.2013  
**Sitzungsbeginn:** 17:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 19:00 Uhr  
**Ort, Raum:** Rathaus Neukölln, Köln-Zimmer (A 104), Karl-Marx-Str. 83, 12040 Berlin  
Anwesende:

Frau Mirjam Blumenthal	SPD	
Frau Diane Hall-Freiwald	SPD	Vertretung für: Herrn Drzyzga, Uwe
Frau Nilgün Hascelik	SPD	
Frau Sabine Haupt	SPD	
Herr Christopher Förster	CDU	
Frau Christina Schwarzer	CDU	
Frau Gabriele Vonnekold	Grüne	
Frau Anne Helm	PIRATEN	
Frau Judith Gesenhoff	Diakonie Simeon	
Herr Nader Khalil	EJF gAG	
Herr Martin Stratmann	Paritätischer Wohlfahrtsverband	
Herr Hüseyin Yilmaz	AKARSU e.V.	
Herr Hans-Peter Becker	Katholische Kirche	Vertretung für: Frau Fierdag, Iris
Herr Hans-Detlef Glücklich	CDU	
Frau Marita Lersner	Evangelische Kirche	Vertretung für: Herrn Petzold, Olaf
Frau Annegret Simon-Sack	Lebenshilfe Berlin	
Frau Eva Wälde	Mädchenarbeit	
Herr Oliver Schwarz	Sportjugend Berlin	
Frau Martina Zander	Jugend- und Sozialwerk gGmbH	
Herr Falko Liecke	JugGesDez	
Frau Dr. Gabriele Gallus-Jetter	JugDir	

Mitarbeiter der Verwaltung:

Frau Heike Hentschel	JugDezGes1
Herr Serkan Caglar	JugGesOrg1
Frau Marion Thurley	JugFS L

Gäste:

Frau Birgit Titze	Neuköllner Netzwerk
Herr Martin Kusber	Deutscher Beamtenbund
Herr Christian Bolz	Personalrat Neukölln
Frau Manuela Saupe	Kiez AG Rixdorf AWO-Kita Du und Ich
Herr Semih Kasap	PIRATEN
Herr Hannes Rehfeld	
Herr Sascha Mathejczyk	JFE MANEGE
Frau Anita Potschka	EJF KJHZ Neukölln

Abwesende:

Herr Uwe Drzyzga	SPD	entschuldigt
Frau Erika Mourgues	LINKE	entschuldigt
Frau Birgit Karsten	Unionhilfswerk gGmbH	entschuldigt
Frau Korinna Thiemann	Die Falken e.V.	entschuldigt
Frau Iris Fierdag	Kath. Kirche	entschuldigt
Frau Karin Gelfert	Junge HumanistInnen	unentschuldigt

Herr Olaf Petzold	Evangelische Kirche	entschuldigt
Herr Helmut Wedeward	BEA	unentschuldigt
Herr Axel Haese	Human. Verband	unentschuldigt
Frau Derya Caglar	SPD/Integrationsausschuss	entschuldigt

#### **zu 1 Begrüßung und Annahme der Tagesordnung**

Herr Bezirksverordnetenvorsteher Koglin begrüßt die Ausschussmitglieder, die Gäste und die Mitarbeiter der Verwaltung und stellt fest, dass die Einladung allen Mitgliedern rechtzeitig zugegangen ist. Tagesordnungspunkt 3 entfällt, da das Protokoll der 11. Sitzung bereits in der vergangenen Sitzung beschlossen wurde und das Protokoll der 12. Sitzung noch nicht vorliegt. Die Tagesordnung wird mit dieser Änderung angenommen.

#### **zu 2 Wahl eines/einer Vorsitzenden**

Das Vorschlagsrecht für den Vorsitz liegt bei der Fraktion der CDU. Diese schlägt Frau Christina Schwarzer vor. Sie wird per Akklamation einstimmig gewählt. Frau Schwarzer, die dem JHA bereits von 1999 bis 2011 angehörte, nimmt die Wahl an und bedankt sich für das ihr entgegengebrachte Vertrauen.

#### **zu 3 Protokoll der 11. Sitzung**

Dieser Tagesordnungspunkt entfällt, da das Protokoll der 11. Sitzung bereits in der 13. Sitzung ohne Änderungswünsche einstimmig angenommen wurde.

#### **zu 4 Bericht Tiefenprüfung HzE**

Anlässlich dieses Tagesordnungspunktes übergibt Frau Schwarzer das Wort an Herrn BzStR Liecke. Dieser erläutert zunächst, dass es sich bei der Durchführung der Tiefenprüfung um eine Verabredung zwischen der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft und allen 12 Berliner Bezirken handelt. Verschiedene Themenschwerpunkte werden intensiv betrachtet, um Erkenntnisse zu sinnvollen Veränderungs- bzw. Steuerungsmöglichkeiten zu erhalten. Er macht in diesem Zusammenhang auf einen Beschluss aus dem Abgeordnetenhaus aufmerksam, der eine unabhängige fallbezogene Revision im Rahmen des Fach- und Finanzcontrollings des Jugendamtes fordert. Schwerpunkt ist hier die einheitliche Qualifizierung der Entscheidungsprozesse im Jugendamt. Die Bezirke sind verpflichtet die Maßnahmen zu evaluieren und jährlich einen Bericht vorzulegen, erstmals im März 2013. In diesen Bericht werden die Erkenntnisse aus der Tiefenprüfung im Bezirk ebenfalls einfließen. Anschließend bittet er die Jugendamtsdirektorin, Frau Dr. Gallus – Jetter, Frau Thurley (Leiterin der Fachlichen Steuerung im Jugendamt) und Herrn Caglar (Controller in der Abteilung Jugend und Gesundheit) die Ergebnisse der Tiefenprüfung zu erläutern. Frau Dr. Gallus – Jetter erklärt einleitend, dass das SGB VIII vor mehr als 20 Jahren in Kraft getreten ist, und dadurch in Deutschland die damit verbundene Neuordnung des Kinder- und Jugendhilferechts gilt. Kernstück der Reform sind dabei die Hilfen zur Erziehung (HzE), auf die Eltern einen Rechtsanspruch haben, deren Inanspruchnahme als Ausdruck der Ausübung der elterlichen Sorge zu verstehen ist. Hilfen zur Erziehung sollen Eltern in der Wahrnehmung der ihnen verfassungsrechtlich obliegenden Erziehungsverantwortung unterstützen. Gegen den Willen der Eltern kann Hilfe zur Erziehung nur auf der Grundlage einer familiengerichtlichen Entscheidung geleistet werden. Über die Möglichkeiten der Steuerung der Ausgaben für Hilfen zur Erziehung wird seit längerer Zeit nicht nur in Berlin, sondern bundesweit diskutiert. Insbesondere werden Ursachen für die seit 2006 erneut stetig ansteigenden Kostenvolumina gesucht. Die in den letzten Jahren verstärkt geführte Diskussion der gesellschaftlichen Verantwortung im Kinderschutz trägt dazu bei, reicht aber alleine als Begründung für die Steigerung der Ausgaben keineswegs aus. Im Land Berlin trägt der Bezirk Neukölln in Bezug auf die Gesamtbevölkerungszahl, selbst unter Berücksichtigung von sozialstrukturellen Faktoren, überproportional zu den Ausgaben in diesem Politikfeld bei. Die damit verbundene Belastung des Bezirksetats führt seit Jahren immer wieder zu Einschränkungen der Spielräume für andere politische Schwerpunktsetzungen im Bezirk. Einfache, eindimensionale Erklärungsmuster gibt es dabei nicht; vielmehr müssen in der Regel mehrere Belastungsfaktoren nicht nur additiv, sondern sich potenzierend zusammenkommen, die geeignet sind, natürliche Kompensationsmöglichkeiten der Familien in der heutigen Zeit und in einer Metropole mit ihren vielfältigen Herausforderungen und Verlockungen massiv zu beeinträchtigen.

Auf dringliche Empfehlung des Hauptausschusses hat das Abgeordnetenhaus von Berlin im Sommer 2009 zum Thema HzE unter anderem ein standardisiertes Fachcontrolling beschlossen

(Drucksache 16/2474), das „insbesondere für jedes Haushaltsjahr eine jährliche Tiefenprüfung von 3 Bezirken“ umfasst. Zusätzlich ist seit Inkrafttreten des Haushaltsplanes 2012/2013 „eine unabhängige, fallbezogene Revision (Prüfung von Umfang und Qualität der Hilfen) im Rahmen des Fach- und Finanzcontrollings des Jugendamtes generell ein- und durchzuführen.“ Dieser Auftrag wurde in Neukölln über entsprechende Beschäftigungspositionen bereits umgesetzt. Nach Pankow, Marzahn-Hellersdorf und Reinickendorf im Jahr 2010, Tempelhof-Schöneberg, Spandau und Steglitz-Zehlendorf im Jahr 2011 sowie Charlottenburg-Wilmersdorf im Jahr 2012 wird im November 2012 die Tiefenprüfung vom Jugendamt Neukölln vorgestellt.

Nach diesen ersten einführenden Erläuterungen, stellen Frau Dr. Gallus – Jetter, Frau Thurley und Herr Caglar gemeinsam allen Anwesenden die Ergebnisse der Tiefenprüfung des Fach- und Finanzcontrollings für die Hilfen zur Erziehung vor (siehe Anlage 1, 2 und 3). Es wird in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass für die Neuköllner Tiefenprüfung die Datenlage des Haushaltsjahres 2011 zugrunde gelegt wurde. Auf Nachfrage von Frau Helm erläutert Herr Caglar, dass sich der sogenannte soziostrukturelle Belastungsindex (S-Faktor) aus den Einzelindikatoren Demographie und Bevölkerungsstruktur, Familienstruktur, Bildungsstruktur und Struktur des Sozialraumes zusammensetzt und zur Ermittlung der soziostrukturellen Belastung in den Berliner Bezirken dient.

Im Rahmen der Vorstellung der Ergebnisse aus der Tiefenprüfung machen Frau Dr. Gallus – Jetter und Frau Thurley darauf aufmerksam, dass das Jugendamt bis zu 500.000,00 Euro jährlich sparen könnte, wenn ca. 20 junge Volljährige in eigenen Wohnraum vermittelt werden könnten anstatt weiter von niedrigschwelliger Hilfe zur Erziehung abhängig zu sein, da kein passender Wohnraum zur Verfügung steht. Herr BzStR Liecke erklärt, dass aktuell intensive Gespräche mit verschiedenen Wohnungsbaugesellschaften geführt werden, um dieses Problem zu lösen.

Anschließend bittet Frau Blumenthal im Zusammenhang mit der Einführung einer Präventionskette in Neukölln um Mitteilung, ob auch in Dormagen vor Umsetzung der Präventionskette eine solche Tiefenprüfung durchgeführt wurde, ob bezirkseigene Unterbringungseinrichtungen nicht ggf. kostengünstiger wären und daher Überlegungen hinsichtlich eines Wiederaufbaus eigener Heime erfolgen sollten. Herr BzStR Liecke erläutert, dass es sich seiner Kenntnis entzieht, ob auch in der Stadt Dormagen eine Tiefenprüfung durchgeführt wurde. Es gibt jedoch 13 Großstädte, die ähnliche Analysen durchführen. Hinsichtlich des Zusammenhangs der Tiefenprüfung mit der Präventionskette merkt Herr BzStR Liecke an, dass es sich bei der Tiefenprüfung ausschließlich um ein Analysetool handelt, das neben zahlreichen anderen Erkenntnissen als Basis für die Aufstellung der Präventionskette im Bezirk dient. Ein wichtiges Instrument der Präventionskette ist zum Beispiel die Bestandsaufnahme aller Angebote für Familien im Bezirk. Sobald alle Angebote erfasst sind, können diese ausgewertet werden, um fehlende oder doppelt vorhandene Angebote zu ermitteln. Über die Angebotsstruktur wird der JHA informiert und Schwerpunkte gesetzt.

Des Weiteren führt Herr BzStR Liecke aus, dass es deutlich mehr kostenintensive Angebote der freien Träger gibt als günstige mit einer geringeren Betreuungsquote. Es ist daher schwierig für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Regionalen Diensten (RSD) zeitnah eine passgenaue Unterbringungsmöglichkeit für die Kinder und Jugendlichen zu finden. Hier wird aktuell die Wiedereinführung einer „Heimpflegestelle“ im Jugendamt geprüft, damit eine kostenintensive Unterbringung „aus der Not heraus“, weil kein anderes Angebot vorhanden ist, nicht notwendig wird.

Hinsichtlich der bezirkseigenen Unterbringungsmöglichkeiten erläutert Herr BzStR Liecke, dass zum Zeitpunkt der Abschaffung der eigenen Kinderheime die Meinung vorherrschte, externe Anbieter könnten diese Leistungen besser erbringen. Des Weiteren stehen dem Bezirk zwischenzeitlich keine geeigneten Gebäude für die Errichtung eines Kinderheimes etc. mehr zur Verfügung. Außerdem soll die öffentliche Jugendhilfe gemäß § 4 SGB VIII von eigenen Maßnahmen absehen, soweit geeignete Einrichtungen, Dienste und Veranstaltungen von anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe betrieben werden oder rechtzeitig geschaffen werden können. In diesem Zusammenhang merkt Herr BzStR Liecke weiterhin an, dass er im Land Berlin derzeit einem deutlichen Trend in Richtung einer Externisierung wahrnimmt. So überlegen einzelne Bezirke zum Beispiel, die Jugendgerichtshilfe an einen freien Träger zu übergeben. Er macht deutlich, dass dies für ihn keine Option ist. Grundsätzlich sollten vor einer Auslagerung von Leitungen sehr gewissenhaft und intensiv die Vor- und Nachteile abgewogen werden.

Frau Vonnekold schließt sich den Ausführungen von Herrn BzStR Liecke an und ergänzt, dass bezirkseigene Einrichtungen seitens des Senats nicht gewollt sind. Bei der aktuellen Personalzielzahlendebatte wäre eine Realisierung des Vorschlags von Frau Blumenthal auch gar nicht möglich. Hauptziel des Senats ist ein Personalabbau in der öffentlichen Verwaltung, was sich auch in vielen anderen Bereichen, wie zum Beispiel dem Elterngeld bemerkbar macht. Ihrer An-

sicht nach wird seitens des Senats nicht mal im Ansatz kaufmännisch gedacht. Sie führt diesbezüglich aus, dass ein Sozialarbeiter im RSD sich dem Grunde nach „allein finanziert“, sobald er zwei Hilfen zur Erziehung im Jahr vermieden hat. Die dafür erforderliche intensive Arbeit mit den Familien ist bei der derzeitigen Personalsituation jedoch nicht möglich.

An dieser Stelle macht Herr BzStR Liecke deutlich, dass es in Neukölln bei der Nachbesetzung von Stellen in der Vergangenheit immer eine Prioritätensetzung auf das Jugendamt gab. Dies führt dazu, dass man sich im Jugendamt zweifelsfrei auf einem sehr niedrigen Niveau bewegt, aber keine Tendenzen eines Personalabbaus zu verzeichnen sind. Herr BzStR Liecke hat sich zum Ziel gesetzt, die monetären Möglichkeiten, die er im Personalbereich in diesem Jahr hat, auch entsprechend einzusetzen. In die nächste Bezirksamtssitzung am 22. Januar 2012 wurde zum Beispiel die Vorlage zur Einrichtung des Kinderschutzes – Fachteams eingebracht.

Abschließend zu diesem Tagesordnungspunkt bedankt sich Frau Schwarzer bei Frau Dr. Gallus-Jetter, Frau Thurley und Herrn Caglar für den ausführlichen Bericht und die anschauliche Präsentation.

#### **zu 5 Kiez AG**

Seitens der Kiez AG Rixdorf gibt Frau Saube einen Ausblick auf das Jahr 2013. Die Kiez AG wird sich weiterhin mit der Umsetzung des Projekts rund um den Droryplatz beschäftigen und möchte darüber in einer der nächsten JHA – Sitzungen ausführlich berichten. Des Weiteren wird auch in den kommenden Monaten ein Schwerpunkt bei der Präventionsarbeit gesetzt. Abschließend hebt Frau Saube die Unterstützung von Frau Gewinner (RSD) hervor und bedankt sich für die gute Unterstützung in der Kiez AG.

#### **zu 6 Mitteilungen**

Frau Schwarzer bittet Herrn BzStR Liecke um Mitteilungen der Verwaltung.

##### **Handlungsleitfaden zur Einführung einer Präventionskette in Neukölln**

Herr BzStR Liecke verteilt den Handlungsleitfaden zur Einführung einer Präventionskette in Neukölln.

##### **Dokumentation „Wir fliegen auf die Gropiusstadt“**

Herr BzStR Liecke stellt allen Anwesenden die Dokumentation des Familienfestes der Kinder- und Jugendeinrichtungen auf dem Lipschitzplatz am 18. August 2012 anlässlich des Jubiläums 50 Jahre Gropiusstadt.

##### **Lessinghöhe**

Für die Sanierung der Lessinghöhe stehen 1,2 Mio. Euro zur Verfügung. Der erste Spatenstich wird im März 2013 erfolgen. Bis Dezember 2014 sollen die Arbeiten abgeschlossen sein.

##### **SAM IN**

SAM IN ist ein interkulturelles Projekt für Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund initiiert vom Arbeiter-Samariter-Bund im Landesverband Berlin e.V., das gemeinsam mit dem Deutsch-Arabischen Zentrum in Neukölln und dem ASB Regionalverband Berlin Süd e.V. umgesetzt wird.

Inhaltlich steht die Entwicklung eines interkulturell geöffneten Ersten-Hilfe-Kurses/Programms für junge Menschen im Vordergrund.

SAM In startet ab Januar 2013 und wird regelmäßig einmal die Woche, samstags von 12-16 Uhr, stattfinden (siehe Anlage 4)

##### **Elterngeld**

Herr BzStR Liecke teilt mit, dass es aktuell noch immer einen Engpass bei der Bearbeitung der Elterngeldanträge gibt. Derzeit gibt es 740 offene Anträge. Er macht in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, dass bei ca. 90 % der Anträge die erforderlichen Unterlagen nicht vollständig vorliegen. Die nachträgliche Anforderung der fehlenden Unterlagen stellt einen sehr hohen Verwaltungsaufwand dar. Des Weiteren werden die Anträge in vielen Fällen nicht zeitnah gestellt, sondern vielmehr erst weit nach der Geburt des Kindes. Auch die große Anzahl von dem Grunde

nach nicht erforderlichen Besuchen während der Sprechzeiten, bindet einen Großteil der Bearbeitungskapazitäten. Es finden daher intensive Gespräche statt, wie die Situation verbessert werden kann.

### **Hobrechtstraße 32**

Die Finanzierung des Baus einer Kindertagesstätte in der Hobrechtstraße 32 ist gesichert, so dass der Bau begonnen werden kann.

### **Kindertagesstätten im Fachvermögen der Abteilung Jugend und Gesundheit**

Im Rahmen der „1-Euro-Verkäufe“ wurden bisher folgende Grundstücke verkauft:

Kita Aronsstraße 134  
Kita Flurweg 77  
Kita Juchaczweg 11  
Kita Kirschnerweg 29  
Kita Parchimer Allee 2  
Kita Wesenberger Ring 13

### **§ 16f SGB II**

Frau Titze vom Neuköllner Netzwerk Berufshilfe NNB e.V. informiert die Anwesenden darüber, dass die Finanzierung der Maßnahmen gemäß § 16 f SGB II (z.B. P.A.S.S.T., Neukölln aktiv, Wild aktiv ) bis Ende Mai 2013 gesichert ist und eine Arbeitsgruppe derzeit intensiv nach einer Lösung für eine weitergehende Finanzierung der Projekte sucht.

### **Expertengruppe**

Herr Khalil bittet um kurze Sachstandsmitteilung hinsichtlich der Arbeit der unabhängigen Expertengruppe „Lena“, die eingesetzt wurde, um neben diesem Einzelfall auch die grundsätzliche Frage zu erörtern und Regelungen vorzuschlagen, wie standardisierte Kontrollmechanismen gegenüber Trägern sinnvoll eingeführt oder erweitert werden können. Herr BzStR Liecke erklärt, dass die Expertengruppe bisher an zwei Terminen zusammengekommen ist. Es wurde jedoch absolute Vertraulichkeit vereinbart, so dass er inhaltlich keinerlei Auskünfte geben kann. In den kommenden Wochen sind zwei weitere Treffen geplant. Herr BzStR Liecke wird die Ausschussmitglieder zu gegebener Zeit über die Ergebnisse informieren.

### **zu 7 Nächste Sitzung: 15. Februar 2013**

Die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses findet am 21. Februar 2013 statt. Eine gesonderte Einladung erfolgt.

Berlin-Neukölln, 4. Februar 2013



Christina Schwarzer  
Vorsitzende des Ausschusses

Heike Hentschel  
Protokollführung